



Vor dem Landtag wird für mehr direkte Demokratie gekämpft: Mit den direktdemokratischen Instrumenten sollen sich Menschen in Krisensituationen selbst helfen können.

INITIATIVE FÜR MEHR DEMOKRATIE

## Die zwei Volksbegehren

(ak) „Wir wollen uns selbst helfen“ – so lautet der Slogan der Initiative für mehr Demokratie. Bei einer Pressekonferenz am Freitag wurden zwei Volksbegehren vorgestellt: Mit dem ersten sollen die direktdemokratischen Instrumente anwendbar gemacht werden und mit dem zweiten sollen Menschen selbst die Demokratie gestalten können, beispielsweise über Volksabstimmungen oder Bürgerräte. Menschen möchten sich in Krisensituationen wie diesen selbst helfen, so die Initiative.

Bislang wurden alle Volksabstimmungen von der Richterkommission der Landesregierung abgelehnt, obwohl

„Wir wollen uns **selber helfen.**“

Stephan Lausch

es ein entsprechendes Landesgesetz gibt, das Volksabstimmungen möglich machen sollte. Abgesehen davon gibt es noch etliche Hürden, die es schwierig machen, eine Volksinitiative durchzubringen. So kann lediglich in der Wohnsitzgemeinde unterschrieben werden und auch zur Beglaubigung der Unterschrift ist nur eine kleine Gruppe von Personen berechtigt. Die Möglichkeit zur Online-Unterschriftensammlung wird nicht anerkannt. Dies bestätige, dass

die Landtagsmehrheit allein über das Politikgeschehen in Südtirol entscheiden und die Bürgerrechte zur direkten Demokratie wieder einschränken möchte, sagte Stephan Lausch, Koordinator der Initiative am Freitag.

Bis Ende September können die Bürgerinnen und Bürger ihrer Wohnsitzgemeinde eine Unterschrift zu den zwei Volksbegehren abgeben. Werden 10.000 Unterschriften erreicht, müssen die Gesetzesvorschläge noch vor den Landtagswahlen im Oktober 2023 vom Landtag bearbeitet werden. „Dann werden wir wissen“, sagt Stephan Lausch. „wer direkte Demokratie wirklich unterstützt.“